

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/19

29. Januar 1976

Politik für Deutschland

Anmerkungen zum Bericht zur Lage der Nation

Von Egon Höhmann MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für  
innerdeutsche Beziehungen

Seite 1 bis 3 / 132 Zeilen

Aussiedlung ist kein Wahlkampfthema

Die Hysterie des CDU-Hupkas ist schädlich

Von Karl Hofmann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche  
Beziehungen

Seite 4 / 32 Zeilen

Europäische Sozialpartner an einem Tisch

Notwendig für die Wiederherstellung des Vertrauens

Von Wilhelm Haferkamp

Vizepräsident der Kommission der Europäischen  
Gemeinschaften

Seite 5 / 40 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Macht und Einfluß - und nichts anderes!"

Einschonungslose Analyse der "Neuen sozialen Frage"  
der CDU

Von Dr. Horst Schmidt MdL

Sozialminister des Bundeslandes Hessen

Seite 6 bis 11 / 276 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Ebert

5000 Bonn 12, Heussallee 2-14  
Postfach 100 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 37 80 37 - 30  
Telex: 65 25 605 - 48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5000 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 80 11

Politik für Deutschland  
-----

Anmerkungen zum Bericht zur Lage der Nation

Von Egon Mähmann MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die SPD-Bundestagsfraktion schlug Ende 1965 der Bundesregierung vor, einen Bericht zur Lage der Nation vorzulegen. Er sollte drei Teile umfassen: die Lage im östlichen Teil Deutschlands; das Verhältnis der Menschen in beiden Teilen Deutschlands zueinander; die Lage der Bundesrepublik Deutschland. Die Politik der Stärke hatte nichts gebracht; die Chancen zur Lösung der nationalen Frage waren nicht genutzt worden; die CDU/CSU hatte eine Politik im nationalen Interesse ersetzt durch leere Phrasen und hohle Rufe nach "Befreiung der Landsleute in der Zone". Diese "Deutschlandpolitik" hatte zu nichts anderem geführt als zur Verhärtung der Fronten, zur Vertiefung der Spaltung unseres Landes und zur Verstärkung des Kalten Krieges.

Die Enttäuschung über die verfehlte Deutschlandpolitik der CDU/CSU und den "Mangel an Mut zur politischen Wahrhaftigkeit" (Helmut Schmidt, 1966) war 20 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges so stark, daß viele nachdenklich gewordene Bürger die Meinung vertraten, "die Bundesregierung habe an einer Wiedervereinigung kein echtes Interesse, sie mache nur schöne Worte und sei zu keinem nennenswerten Opfer bereit" (Meinungsumfrage des Divo-Instituts, 1965). Die Regierung Erhard hatte endgültig die Vertrauenswürdigkeit der deutschen Demokratie ins Ziellicht gebracht. Der Gegensatz zwischen Politik und Wirklichkeit war nicht mehr zu verschleiern; wirklichkeitsfremde Phrasen hatten nur das einzige Ergebnis, die Unglaubwürdigkeit der deutschen Politik bei den Bürgern und im Ausland zu vergrößern.

Der deutschen Öffentlichkeit verlangte es nach einer mutigen Bestandsaufnahme in der Deutschlandpolitik. Es waren Berliner Sozialdemokraten, die auf dem SPD-Parteitag von 1966 in Dortmund die Bestandsaufnahme zur Lage der Nation vorschlugen. Durch die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion kam es am 14. Februar 1967 zu einem interfraktionellen Antrag (Drucksache V/1407), in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, alljährlich dem Bundestag einen Bericht über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland vorzulegen.

Der 9. Bericht zur Lage der Nation zeigt Diskontinuität und Kontinuität der deutschen Politik: Seit 1969 ging zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Regierung daran, die bei uns aufgestaute Arroganz - wir sind das bessere Deutschland, wir sind die besseren Deutschen - abzubauen; sie erwarb wieder das für die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland notwendige Vertrauen in West und Ost und sogar bei den Bürgern in der DDR. Während die CDU/CSU-geführten Bundesregierungen die bestehenden Verbindungen zur DDR verkommen ließen und die Lebensfähigkeit der Stadt Berlin in Gefahr brachten, setzten die Regierungen Brandt und Schmidt auf der Basis innerdeutscher Verträge umfangreiche menschliche Erleichterungen ins Werk. Allein im Jahr 1975 reisten 3,124 Millionen Bundesbürger in die DDR, darüber hinaus besuchten 1,4 Millionen für einen Tag Ostberlin. Aus der

DOR kamen 1,33 Millionen Bürger im Rentenalter und 60.000 jüngere Personen. Im Transit nach Westberlin reisten im vergangenen Jahr 14,8 Millionen. Das ist eine beispielhafte Bilanz für die Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Regierung.

Mit ihr verwirklicht die Bundesregierung Ideen, die Konrad Adenauer in den frühen 60er Jahren als die menschliche Seite der deutschen Teilung definierte. "In allen Dingen", so erklärte er in einem Interview der NRZ am 12. November 1960, "die mit der Zone zusammenhängen, denke ich immer zuerst an die Menschen. Es geht mir nicht um die Grenze, sondern um die Menschen. Wenn wir ihnen helfen können, freier und besser zu leben, dann ist das wichtiger als alles andere".

Diese frühen Einsichten konnte Adenauer in seinen eigenen Reihen nicht durchsetzen. Seine Erkenntnis, daß die nationale Frage in naher Zukunft nicht lösbar war und daß die Politik der 60er Jahre nur eine Politik der Milderung der durch die Teilung Deutschlands entstandenen schweren Lasten sein konnte, veranlaßten ihn jedoch, wenn auch im Stillen, Schritte zu gehen, um wenigstens "die menschliche Frage" in Deutschland zu lindern. Er war seinerzeit auch bereit, unter gewissen Bedingungen der "Zone" Kredite zu gewähren. So erklärte er am 12. Februar 1963 gegenüber der Berliner Morgenpost: "Sie wissen so gut wie ich, daß Herr Ulbricht namens der SED es abgelehnt hat, die Erfüllung der von ihm vorgebrachten Kreditwünsche mit der Schaffung von Erleichterungen für den innerstädtischen Berliner Verkehr zu verbinden. Diese rein menschlichen Erwägungen, die auch Erleichterungen für die Berliner im östlichen Teil der Stadt gebracht hätten, hat Ulbricht, man kann es nicht anders sagen, brutal zurückgewiesen. Er hält Erwägungen, die das Wohl der einzelnen Menschen betreffen, für unvereinbar mit der Politik der SED. Die Bundesregierung aber ist weiterhin bereit, alles für unsere Brüder in der Zone zu tun - und damit sind auch unsere Brüder und Schwestern in Ostberlin gemeint. Menschliche Überlegungen spielen für uns eine noch größere Rolle als nationale".

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, der 1967 den ersten Bericht zur Lage der Nation erteilte, beschränkte sich nicht auf die Darstellung der Situation des geteilten Deutschlands. Er beschrieb sowohl den Stand der Dinge in der Innenpolitik als auch die Stellung der Bundesrepublik in der Welt und versuchte daraus die für alle Politiken notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. So haben es bisher alle Berichterstatter gehalten. Wo käme man auch hin, würde sich der Bundeskanzler auf die vom CDU-Abg. Dr. Marx dieser Tage in der "Welt" geforderte Nebelkammer zum geteilten Deutschland beschränken.

Es ist beschämend, daß die Ostpolitik der Bundesregierung im Ausland mehr Anerkennung gefunden hat als in den Reihen der CDU/CSU. Die unver-

besserlichen Scharfmacher der Union verleugnen die guten Seiten des ersten Bundeskanzlers; hinter nationalem Mief und antikommunistischem Lamentieren verbergen sie ihre wahren Motive - Machtbesessenheit und Wählerauftrieb: Sie versuchen, jeden Schritt der Bundesregierung zu torpedieren, mehr Menschlichkeit zum Durchbruch zu verhelfen; rücksichtslos erschweren sie den Weg zum Ausgleich der Interessen, der Entspannung, der Verständigung und der friedfertigen Nachbarschaft. Am 30. Juni 1960 bot Herbert Wehner in seiner bedeutungsvollen Rede vor dem Deutschen Bundestag im Namen der Sozialdemokraten der Regierungsfraktion CDU/CSU die Hand für das gemeinsame Ringen um die nationalen Lebensfragen. Die Hand wurde ausgeschlagen, CDU und CSU wollten keine gemeinsame Bestandaufnahme der Deutschlandpolitik. Sie wollen sie auch heute nicht.

Wie schwer muß es der Bundesregierung bei so viel Widerstand der Opposition fallen, bei einem Vertrags-Partner für die Mitbürger etwas mehr Freizügigkeit, etwas mehr an menschlichen Erleichterungen durchzusetzen, von dem wir wissen, daß er nie zu unseren Freunden zählen wird. Die Regierung der sozial-liberalen Koalition macht keine schönen Worte, sie weckt keine unrealistischen Hoffnungen; sie ist zu Opfern bereit, damit es den Bürgern besser geht, auf daß sie die beträchtlichen sozialen, wirtschaftlichen und familiären Folgen der Teilung unseres Landes leichter tragen können, damit diese Republik und jeder einzelne Bürger Achtung finden in der Welt und nicht das in Vergessenheit gerät, was in Kunst und Literatur, in Sprache und Politik, im Arbeitsleben und in der Familie noch immer Gemeinsamkeit ist für alle deutschen Bürger.

Wer bei den schon alltäglichen Leistungen und Ergebnissen der Deutschlandpolitik bedenkt, wieviel "Mut zur politischen Wahrhaftigkeit", wieviel Opferbereitschaft selbst in kritischen Zeiten, wieviel Kraft und Behutsamkeit beim zähen und geduldigen Verhandeln und welches Maß an Optimismus notwendig sind, um die immer wieder auftauchenden Probleme und Hürden meistern und den steinigen Weg beschreiten zu können, der wird sich sagen: Dies ist eine verlässliche Regierung, sie ist eine echte Vertreterin der Bürgerinteressen, ihre Politik ist eine Politik der guten Taten.

(-/29.1.1976/wi/e/pr)

+ + +

Aussiedlung ist kein Wahlkampfthema

Die Hysterie des CDU-Hupkae ist schädlich

Von Karl Hofmann MdB

Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Angelegenheiten

Die Entwicklung der Zahlen der Aussiedler aus den osteuropäischen Staaten sollte nicht zum Wahlkampfthema gemacht werden. Diesem Appell des Deutschen Roten Kreuzes an die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik kann von all denen zugestimmt werden, die das Schicksal der Deutschen in Osteuropa nicht zur persönlichen Profilierung benötigen. Die im Deutschen Bundestag bis zum Überdruß gestellten Fragen zur Aussiedlung haben noch keinem Deutschen in Polen, in der CSSR oder in der Sowjetunion geholfen, und auch das unermüdliche Bemühen des Deutschen Roten Kreuzes wurde dadurch nicht erleichtert. Mit parteipolitischer Taktik oder Wahlkampfstrategie ist hier nichts zu erreichen.

Mit diesem Appell und mehr noch mit dessen Beherrzigung wird nicht der Eindruck erweckt, als ob etwas verschleiert werden sollte. Im Gegenteil, die Tatsachen bringen Klarheit und deshalb ist es erforderlich, daß die Zahlen der Aussiedler aus den ost- und südosteuropäischen Staaten in Erinnerung gebracht werden. Diese Zahlen sprechen für sich.

Aussiedler in den Jahren von 1965 bis 1975:

1965 - 23.867	1969 - 29.873	1973 - 22.732
1966 - 27.813	1970 - 18.590	1974 - 24.315
1967 - 26.227	1971 - 33.272	1975 - 19.329
1968 - 23.201	1972 - 23.580	

Die Verhandlungen des Deutschen Roten Kreuzes gehen weiter. Erfreulich ist zu ergänzen, daß die Zahlen im Herbst 1975 eine steigende Tendenz aufgewiesen haben, nachdem sie im ersten Halbjahr zunächst niedriger als üblich gewesen waren. Allein im Dezember 1975 trafen noch 2.937 Aussiedler ein. Die Zugänge aus Polen hatten in diesem Monat auffallend zugenommen.

Zwischen dem polnischen Roten Kreuz und dem Deutschen Roten Kreuz sind für 1976 neue Gespräche vereinbart worden. Mit den Vertretern des Roten Kreuzes der CSSR wird im April eine neue Zusammenkunft stattfinden. Es muß unser aller Interesse sein, daß diese Arbeit weder durch Polemik noch durch Wahlkampfhysterie, wie sie vor allem der CDU-Abg. Herbert Hupka, betreibt, beeinträchtigt noch gestört wird. (-/29.1.1976/wi/e/pr)

+ + +

## Europäische Sozialpartner an einem Tisch

---

Notwendig für die Wiederherstellung des Vertrauens

Von Wilhelm Haferkamp

Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Über den Querelen, den Alleingang eines Partners beim Nord-Süd-Dialog zu verhindern, ist ein wichtiges Ergebnis der Sitzung des Europäischen Rates am 1./2. Dezember 1975 in Rom fast übersehen worden: Die Regierungschefs hatten den "runden Tisch" in Brüssel eingesehnet, die Aufgabe also, auf der Ebene der Gemeinschaft das Gespräch zwischen den Sozialpartnern, den Regierungen und der Kommission fortzusetzen. Die erste Konferenz solcher Art hatte am 17. November 1975 stattgefunden, das nächste Gespräch ist für den Juni dieses Jahres geplant.

Dieser Versuch ist nicht zuletzt auf Anregungen von Bundeskanzler Helmut Schmidt zustande gekommen, der wiederholt für die Gemeinschaft eine stärkere Beteiligung der Sozialpartner gefordert hat. Der Europäische Rat hatte denn im Sommer 1975 einen konkreten Auftrag erteilt. Sofort nach der Sommerpause hat die EG-Kommission, in der ich die Verantwortung für diese Aufgabe übernommen habe, die Vorbereitung der Konferenz in Angriff genommen. Wir haben den Beteiligten - das sind die Verbände der Arbeitgeber und die Gewerkschaften sowie die Arbeits- und Wirtschaftsminister der Mitgliedsländer - vier Wochen vor der Konferenz eine auf 20 Seiten komprimierte Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Gemeinschaft vorgelegt; und wir haben an die Solidarität in der Gemeinschaft appelliert und haben Aktionen vorgeschlagen.

Der Verlauf der Konferenz am 17. November 1975, die ganz überwiegende Zustimmung zu unseren Überlegungen und vor allem das Ausmaß der vor uns liegenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme rechtfertigen unbedingt die Fortsetzung dieses Gesprächs. Was in der Bundesrepublik - trotz unterschiedlicher Standpunkte und Interessen - in der konzertierten Aktion, ja inageant im Umgangsklima zwischen den Sozialpartnern einerseits und der Regierung andererseits an Sachlichkeit und Zusammenarbeit ganz selbstverständlich geworden ist, ist in manchen anderen Mitgliedsstaaten weitgehend unbekannt und - noch schlimmer - wird hier und da sogar abgelehnt.

Doch die Probleme der auch mittelfristig zu erwartenden Arbeitslosigkeit, besonders der Jugendarbeitslosigkeit, die Notwendigkeit verstärkter Investitionen im Energiebereich und zur Umstrukturierung der Produktion, die Fragen der Mitbestimmung und der Beteiligung der Arbeitnehmer am Zuwachs des Produktivvermögens müssen in einer Atmosphäre der Sachlichkeit und Solidarität weiter diskutiert und können nur so gelöst werden. In der Zusammenarbeit der Sozialpartner und des Staates liegt ein entscheidendes Element für die Wiederherstellung des Vertrauens in die wirtschaftliche Zukunft. Gerade das ist wohl auch der wichtigste Schlüssel, um die Pforte zu einem längerfristigen Wachstumspfad unserer Volkswirtschaften wieder zu öffnen.

Die EG-Kommission wird dazu ihren Beitrag leisten. (-/29.1.1976/wi/e/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Macht und Einfluß - und nichts anderes!"

Eine schonungslose Analyse der "Neuen sozialen Frage" der CDU

Von Dr. Horst Schmidt MdL

Sozialminister des Bundeslandes Hessen

Die CDU/CSU ist zur Zeit dabei, eine Wahlkampfstrategie zu entwickeln und zu erproben, mit der sie bei den Bundestagswahlen im Herbst 1976 auch um Stimmen bei Wählerschichten werben will, die sie bisher zum Teil bewußt vernachlässigt hat. Gemeint sind die Arbeitnehmer und all jene Gruppen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen, die aus gutem Grund in ihrer Mehrheit bisher der SPD zuneigten. Eckpfeiler dieser Strategie sind die Mannheimer Erklärung der CDU zur "Neuen sozialen Frage" und die vom rheinland-pfälzischen Sozialminister Dr. Heinrich Geissler und seiner Bonner CDU-Planungsgruppe vorgelegte Dokumentation zum gleichen Thema. Nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, aber unentbehrlich für eine wirklichkeitsnahe Standortbestimmung der Unionsparteien ist ferner ein umfangreiches Strategiepapier des Arbeitskreises Sozial- und Gesellschaftspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom August 1975 unter dem Stichwort "soziale Demontage".

Die Ursachen für diese strategische Offensive liegen auf der Hand. Die Opposition hat bei vielen Arbeitnehmern, Rentnern und erst recht bei den sozial Schwachen ein schlechtes Image. Sie gilt nach wie vor als Unternehmerpartei, der man sozialpolitisches Engagement nicht zutraut. Das ist kein Wunder, weil Sozialpolitik auch heute noch von den meisten Unions-Politikern als lästiges Anhängsel der Wirtschaftspolitik angesehen wird. Sozialpolitiker haben deshalb auch traditionsgemäß in der CDU/CSU nicht viel zu sagen, auch wenn sie in jüngerer Zeit großen Wind machen.

Wenn die Opposition heute so viel Aufhebens um ihre neue soziale Komponente macht, ist darin kein wirklicher Sinneswandel oder eine Hinwendung zum sozialpolitischen Engagement zu sehen. Ihr geht es darum, neue Wählerschichten zu interessieren und nur zu diesem alleinigen Zweck dürfen die Sozialausschuß-Kämpfer Katzler, Elöm und Geissler bis zum Wahltag auch einmal auf der Unions-Spielwiese ihre sozialpolitischen Sandkuchen backen. Das schließt nicht aus, daß diese Politiker ungeachtet ihres minimalen Einflusses von ihrer Aufgabe und Rolle überzeugt sind und entsprechend selbstbewußt in der Öffentlichkeit auftreten.

Strauß: "Grenzen des Sozialstaats erreicht"

Was die CDU/CSU von der Sozialpolitik wirklich hält, hat der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in einem Interview mit der "Welt" anlässlich seines 60. Geburtstages in brutaler Deutlichkeit gesagt: "Die Grenzen des Sozialstaats sind erreicht. Die Zeiten sind vorüber, in denen gesellschaftliche Konflikte durch materielle Gratifikationen gelöst werden können". Diese These hat er im Januar 1976 in einem Hörfunk-Interview erneut be-

kräftigt. Dieser Widerspruch zwischen sozialem Bekenntnis auf der einen und den wirklichen Absichten der Oppositionsspitze auf der anderen Seite kennzeichnet die Unehrlichkeit der CDU/CSU-Politik. Hier wird kein neues Programm geboten, hier wird der Wähler mit Täuschenspielertricks hinteres Licht geführt. Die "neue soziale Frage" der CDU entpuppt sich bei näherem Hinsehen als kurzlebiger Wahlkampf-Gag, der vom eskalanten sozialpolitischen Versagen der Unions-Parteien ablenken soll.

Trotzdem sollen der CDU-Dokumentation zu diesem Thema hier noch einige konkrete Bemerkungen gelten. Sie spiegeln die Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten dieses Papiers besonders deutlich wider. Neu in diesem Zusammenhang scheint allenfalls die Tatsache, daß die CDU erstmals im Vorfeld einer Wahl die Einsicht öffentlich formuliert, daß es in dieser Gesellschaft soziale Randgruppen gibt. Sie stimmt damit im Grundsatz einer Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse zu, auf deren Änderung seit jeher Wollen und Handeln der Sozialdemokraten gerichtet sind. Allerdings war es gerade die CDU/CSU, die jahrzehntelang als Regierungspartei in Bonn mit ihrer Politik aktiv dazu beigetragen hat, die sozialen Gräben zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft weiter aufzureißen statt sie zuzuschütten. Und es war die CDU/CSU, die immer wieder mit allen Mitteln versucht hat, die von SPD und FDP gemeinsam betriebene Politik des sozialen Ausgleichs zu blockieren. Wenn die Unionsparteien heute plötzlich die sozialen Randgruppen als Wählerpotential entdecken, sollten sie sich fairerweise auch zu ihrer Vaterschaft bekennen.

#### "Armut" aus der CDU-Perspektive

Wo setzt nun die Analyse der CDU-Dokumentation an, zu welchen Schlußfolgerungen gelangt sie? Den Verfassern der Dokumentation scheint es in erster Linie um den Versuch des Beweises gegangen zu sein, daß seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD in Bonn der Kreis der Armen und Bedürftigen in unserem Land größer geworden sei. Der Bezug von Sozialhilfe wird deshalb auch konsequenterweise als Spitze des Eisbergs einer neuen weitverbreiteten Armut dargestellt. Entsprechende Schlagzeilen wie unter Bezug auf die Geisler-Studie zeigen denn auch, um was es den Autoren letztlich geht, nämlich um eine Verunglimpfung und Verteufelung sozialdemokratischer Politik unter Zuhilfenahme sozialpolitisch und wissenschaftlich äußerst fragwürdiger Kriterien.

Das beginnt schon bei dem Begriff "Armut", mit dem die CDU-Dokumentaristen sehr willkürlich umspringen. Sie gebrauchen ihn im Sinne der Elenddefinition des 19. Jahrhunderts, um damit vorhandene und angebliche Mißstände von heute zu beschreiben. Doch der Widerspruch wird gleich mitgeliefert. Daß es mit der nach CDU-Meinung so grassierenden Armut nicht ganz so schlimm sein kann, offenbart der weitere Hinweis der Studie, daß es als Ergebnis erfolgreicher Sozialpolitik heute möglich geworden sei, ein menschenwürdiges Leben zu führen und Freiheit von materieller Not zu gewährleisten. Auch wenn es der CDU nicht schmeckt, aber dazu hat vor allem sozialdemokratische Politik entscheidend beigetragen!

Die Unions-Parteien versuchen in ihrer Argumentation an den klassischen Gegensatz zwischen arm und reich anzuknüpfen, wie er vor allem das letzte Jahrhundert entscheidend prägte. Sie ignorieren damit das wichtig-

ste Merkmal des heutigen Sozialstaates, nämlich des Vorhandensein eines Netzes der sozialen Sicherheiten, das dafür sorgt, daß der Bürger auch in einer schwierigen Situation nicht mehr in eine existenzbedrohende Notlage abgleiten muß. Gerade die Sozialhilfe ist ein starker Knoten in diesem Netz der Sicherheit. Wer deshalb, wie die CDU, die Empfänger von Sozialhilfe oder die zum Empfang Berechtigten pauschal als Außenseiter unserer Gesellschaft ausweist, macht die Sozialhilfe erst zur echten Armenpauschale und deklassiert im Grunde den Personenkreis, der sie, wenn auch oft nur vorübergehend, in Anspruch nehmen muß.

### Sozialhilfe an Warenkorb gekoppelt

Für Sozialdemokraten hat schon immer außer Frage gestanden, daß in dieser Gesellschaft Einkommen und Vermögen ungerecht verteilt sind und eine Änderung mit dem Ziel der Herstellung einer größeren Gerechtigkeit notwendig ist. Es besteht auch kein Zweifel daran, daß die Empfänger von Sozialhilfe zu den Benachteiligten in dieser Gesellschaft zählen. Trotzdem ist es falsch, alle zum Bezug von Sozialhilfe berechtigten Personen pauschal als arm einzustufen. Bekanntlich basiert die Sozialhilfe auf einem statistischen Warenkorb, in dem die verschiedenen Kostenfaktoren zusammengefaßt wurden. Die jährlichen Erhöhungen richteten sich deshalb nach dem Preisanstieg dieses Warenkorbes und lagen damit prozentual nicht selten über den Lohnerhöhungen. Wenn man dabei berücksichtigt, daß die deutschen Arbeitnehmer mit ihren Durchschnittslöhnen im internationalen Vergleich an vierter Stelle in der Welt stehen, und wenn man bedenkt, daß die Tariflöhne in einigen Branchen nur geringfügig über den Sozialhilfeleistungen für eine mehrköpfige Familie liegen, scheint es mehr als leichtfertig, dieser Gruppe so undifferenziert den Stempel "Armut" aufzudrücken.

### SPD: Verdienst-Kluft ist zu groß

Im Übrigen sollte nicht vergessen werden, daß ein Einkommen in der Größenordnung der Sozialhilferegelsätze allein noch nichts aussagt über Eigentum und Vermögenswerte der jeweils Betroffenen. Die SPD hat immer die Auffassung vertreten, daß die Kluft zwischen wenig und gut Verdienenden in unserem Lande zu groß ist. Sie ist dabei aber auf den erbitterten Widerstand einer CDU/CSU gestoßen, die jede einkommensmäßige Annäherung zwischen weniger und besser Verdienenden als Verrat am Leistungsprinzip ansprengert. Auch hier bejammern die Unions-Sozialpolitiker in erster Linie die Sünden der eigenen Parteiführung.

Als Beispiele der neuen Armut hat sich Geißler vor allem die kinderreichen Familien ausgesucht. Doch seine Zahlen und Erkenntnisse hinken hinter der Wirklichkeit her und gehen allenfalls auf das Jahr 1974 zurück. Seit dem 1. Januar 1975 hat die SPD-FDP-Koalition durch ihr Kindergeldgesetz dafür gesorgt, daß sich die kinderreichen Familien heute besser stehen als je zuvor. Spätestens seit diesem Zeitpunkt kann Kinderreichtum allein nicht mehr als Indiz für Abgleiten in die Armut herangezogen werden. Die Sozialpolitiker der CDU/CSU sollten im Übrigen ihr Gedächtnis bemühen und sich daran erinnern, daß die von ihrer Partei geführten Bundesregierungen für die kinderreichen Familien seinerzeit nicht mehr

Übrig hatten als einen Steuerfreibetrag, der in seiner Auswirkung die gut Verdienenden wesentlich stärker begünstigte als die Einkommensschwachen.

Ähnlich sieht die Situation bei den Beziehern der Rente aus. Auch hier wurden erst unter SPD-FDP-Führung die entscheidenden Voraussetzungen zu einer überproportionalen Anhebung der Renten und zu mehr Gerechtigkeit geschaffen. Leider war es die CDU/CSU, die mit ihrer Forderung nach gleichmäßiger Erhöhung die von der SPD gewollte gezielte Anhebung der niedrigen Renten verhinderte. Deshalb gehört heute schon eine Portion Unverfrorenheit dazu, wenn sich CDU-Politiker hinstellen und die Einkommensverhältnisse der Kleinstrentner als eine Folge der Koalitionspolitik hinstellen, um damit ihre Armutsthese zu belegen.

Doch zurück zur Wahlkampfstrategie der Union.

#### Dünnes Sozial-Mäntelchen der CDU zerfasert

Während Geissler als verantwortlicher Verfasser der CDU-Dokumentation noch beklagt, daß wegen verschiedener Ursachen auch Anspruchsberechtigte die ihnen zustehende Sozialhilfe nicht beantragen wollen, hat der Arbeitskreis Sozial- und Gesellschaftspolitik der CDU-Bundestagsfraktion bereits die Weichen in eine ganz andere Richtung der Sozialpolitik für den Fall einer Rückkehr der Union zur Macht gestellt. Wörtlich heißt es in dem Internpapier des Arbeitskreises: "Wenn es sich als notwendig erweisen sollte, Leistungseinschränkungen im Bereich der sozialen Sicherung vorzunehmen, so würde sich als erstes die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz anbieten... Wenn das Sozialhilfeniveau heute teilweise schon die Leitwährung für die soziale Sicherung geworden ist, so ist dies bereits Teilausdruck nivellierender Bestrebungen im Bereich der sozialen Sicherung. Ein überzogenes Sozialhilfeniveau könnte sich als Vorstufe einer allgemeinen nivellierenden Staatsbürgerversorgung erweisen." Angesichts dieser Zitate von Doppelzüngigkeit der CDU zu sprechen, ist nur ein milder Ausdruck für eine fast skandalöse Irreführung der Öffentlichkeit durch die Opposition. Hier zeigt sich, daß das dünne soziale Deckmäntelchen der Union bereits von partei eigenen Moten zerfressen wird.

In ihrer Dokumentation behauptet die Opposition, daß bislang der Gegensatz von Kapital und Arbeit allzu sehr betont worden sei. Sie will stattdessen den Konflikt zwischen Starken und Schwachen in unserer Gesellschaft als wichtigste Ursache für die ungelösten sozialen Probleme in den Vordergrund rücken. Dieser Streit ist richtig und nicht aktuell. Gerade für sozialdemokratische Politiker fand und findet der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit seinen besonderen Ausdruck im Konflikt zwischen Starken und Schwachen, deshalb ist Politik für die Arbeitnehmer auch immer eine Politik für die Schwachen. Die eindrucksvollen Leistungen der SPD-FDP-Koalition auf diesem Gebiet und der von ihr forcierte Ausbau der sozialen Sicherungen für alle Bürger haben vor allem in den Jahren seit 1969 ganz wesentlich dazu beigetragen, die Schwachen in dieser Gesellschaft zu stärken, zu ermutigen und die Ursachen für Benachteiligungen abzubauen.

Eine weitere Ursache für die ungelösten sozialen Probleme sieht die CDU in einem vermeintlichen Konflikt zwischen Organisierten und Nichtor-

genisierten. Da werden die Gewerkschaften in einem Atemzug mit allen anderen Interessenvertretungen aufgeführt, die ihre jeweiligen Sonderinteressen zu Lasten der Nichtorganisierten und Schwachen durchsetzen. Hier schlägt wieder einmal die alte Gewerkschaftsfeindlichkeit der Opposition durch. Als Unternehmerpartei kann die Union es nicht verwinden, daß die organisierten Arbeitnehmer in diesem Staat heute einen wichtigen Faktor darstellen, den sie nicht ohne weiteres ignorieren können. Wenn es aber in Europa oder in einem Industriestaat wirklich Gewerkschaften gibt, denen man absoluten Respekt für ihre immer wieder bewiesene Verantwortung für das gesamtwirtschaftliche Wohl bezeugen muß, denn sind es die Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Dieses unverhohlene Mißtrauen haben sie wahrlich nicht verdient.

### CDU-Floskeln statt CDU-Politik

Doch fragen wir uns nun, was die CDU mit ihrer "neuen sozialen Frage" anfangen will, was sie an die Stelle bisheriger Sozialpolitik zu setzen gedenkt. Da ist von einer Neubesinnung auf die vorrangigen sozialen Aufgaben die Rede, von einer stärkeren Beachtung der Gesichtspunkte der Gerechtigkeit und Solidarität, von der Schaffung finanzieller Spielräume durch Erhöhung der sozialen Wirksamkeit sozialpolitischer Mittel und der politisch-organisatorischen Durchsetzung dieser Anliegen. Die Opposition muß sich hier den Vorwurf gefallen lassen, den Wähler mit Gedankenstroh zu füttern. Diese allgemeinen Floskeln können nicht den Anspruch erheben, eine neue Politik zu skizzieren.

Wenn die CDU eine Neubesinnung auf die vorrangigen sozialen Aufgaben fordert, soll sie Auskunft über das Wie und Was geben. Bisher hat sie sich in der jüngeren Geschichte bundesdeutscher Sozialpolitik nur einen Namen als Dauerbremsen gemacht. Wenn die CDU erneut das staatliche Engagement in der Sozialpolitik kritisiert und eine Übertragung der Aufgaben auf freie Träger fordert, muß ihr entgegengehalten werden, daß der Staat - gerade auch das Land Hessen - in hervorragender Weise mit freigemeinnützigen Trägern zusammenarbeitet. Diese Tatsache entläßt jedoch den Staat nicht aus seiner Verantwortlichkeit für die Zielsetzungen unserer Verfassung. Und dazu gehört insbesondere auch das Gebot zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

Mit dieser Forderung hat die CDU nur erneut ihr schon krankhaft neurotisches Mißtrauen in den Staat von heute und seine Organe bekundet. Das gilt vor allem seit dem Jahre 1969, als die Bonner Opposition einen Teil ihrer Einflußmöglichkeiten auf die staatliche Bürokratie einbüßte. Wie tief gestört das Verhältnis der Union zum demokratischen Staat und seinen Organen sein muß, beweist ein weiteres Zitat aus dem Soziale-Demontage-Papier des Arbeitskreises Sozial- und Gesellschaftspolitik der CDU-Bundestagsfraktion. Dort heißt es im Zusammenhang mit der Sanierung der Staatsfinanzen wörtlich: "Die Sanierung würde zu einer Stunde der Bürokratie werden. Positiv wäre hieran, daß die seit 1969 festzustellende ideologische Blutschande zwischen tonangebender Parteibürokratie der SPD und der ausführenden Staatsbürokratie beendet wäre". Dieses Zitat sagt klipp und klar, um was es der CDU geht: Um Macht und Einfluß und um nichts anderes! Solange die SPD Regierungsverantwortung trägt, wird die CDU

deshalb auch im sozialen Bereich immer wieder eine Verlagerung auf andere Träger fordern, weil sie sich dort mehr Einflußmöglichkeiten ausrechnet.

Wenn die CDU schließlich von der Schaffung finanzieller Spielräume zur Erhöhung der Wirksamkeit der für die Sozialpolitik eingesetzten Mittel spricht, wenn Dr. Geisler gar mögliche Einsparungen in Milliardenhöhe anpreist, muß die Frage gestattet sein, warum das Bundesland Rheinland-Pfalz mit seinem Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl und seinem Sozialminister Geisler nicht längst damit angefangen hat. Auch hier zeigt sich nur, daß die "neue soziale Frage" und ihre angeblichen Inhalte nichts sind als heiße Luft aus einem Wahlkampfballon. Wenn man hineinsticht, entweicht der Dampf und es bleibt nichts übrig, als eine lasche untaugliche Hülle.

#### CDU will bei ihren Anhängern sparen

Die CDU-Planer wollen die sozialpolitischen Leistungen stärker an bestimmten Bedürfnissen ausrichten. Darüber kann man reden. Dann sollten sie ganz konkrete Vorschläge machen, weil diese Kriterien öffentlich diskutiert werden müssen. Sie sollten diese konkreten Pläne auch möglichst noch vor dem Wahltag auf den Tisch legen, denn der Verdacht liegt nahe, daß auch hier wieder einmal parteigegensätzliche Motive den Ausschlag geben. Auch hier gibt wieder das Papier des CDU-Arbeitskreises der Bundestagsfraktion klare und präzise Auskunft. Unter Hinweis auf eine notwendige Sozialreform heißt es dort wörtlich: "Es ist im Zusammenhang mit solchen Überlegungen auch sicherzustellen, daß Einsparungen nicht in erster Linie zu Lasten der Personengruppen gehen, die überwiegend als Anhänger der CDU/CSU anzusehen sind". Man sieht an diesem Hinweis, daß sehr wohl konkrete Vorstellungen darüber bestehen, wie die Opposition zu wessen Lasten bedürfnisgerecht umverteilen will.

Als einziger konkreter Fixpunkt der CDU für eine künftige Sozialpolitik bleibt nur die Familie, die gestärkt werden soll. Auch hier ist Stauen und Wandern die einzige Antwort. Bei allem, was noch sozialpolitisch zu tun bleibt und wegen fehlenden Geldes noch nicht verwirklicht werden kann, hat doch gerade die Familie durch die SPD-FDP-Politik seit 1969 eine Stärkung wie nie zuvor erfahren. Wer hat denn durch Mietstopp und Wohngeld dafür gesorgt, daß die Familien eine menschenwürdige Unterkunft haben, wer hat denn das Kindergeldgesetz durchgesetzt, das viele Familien besser stellt? Wer hat denn die Familienhilfe im Krankheitsfalle auf den Weg gebracht, um nur einige Beispiele herauszugreifen?

#### Das eigentliche CDU-Ziel: Soziale Demontage

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Von einer "neuen sozialen Frage" der CDU kann nicht ernsthaft gesprochen werden. Die Opposition hat einen Wahlkampfbeitrag vorgelegt, der nur dazu taugen soll, ihr schlechtes Ansehen im Bereich der Sozialpolitik mit modischer Tarnfarbe zu übertünchen. Die Aussagen des Arbeitskreises der Bundestagsfraktion wie die Äußerungen des CDU-Vorsitzenden Strauß machen klar, wie in der CDU/CSU der sozialpolitische Wind wirklich weht. Der Kurs der Opposition geht in Richtung soziale Demontage des bisherigen Standes der sozialen Leistungen. Alles andere ist Irreführung.

Die Koalition von SPD und FDP, in Bonn wie in Wiesbaden, hat eine beispielhafte Leistung auf sozialpolitischem Gebiet erbracht. Sie hat dafür gesorgt, daß auch in Zeiten einer höheren Arbeitslosenquote der soziale Frieden in diesem Land gewahrt wird. Der soziale Besitzstand unserer Bürger von heute ist der Garant dieses inneren Friedens. Wer diese Leistungen ohne Not demontieren oder schwächern will, wer an Stelle des berechtigten Anspruchs auf Hilfe und Unterstützung wieder das System freiwilliger Almosen setzen möchte, stellt sich gegen den Grundsatz einer sozialen und gerechten Gesellschaft, die jedem Bürger ein menschenwürdiges Leben sichert.

(-/29.1.1976/wl/s/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller